

# Elisabeth Wehling und der Shitstorm gegen das ARD-Framing-Gutachten Gerechtfertigt, überzogen oder komplett daneben?

Dritte Aktualisierung am 21.3.2019

Seit Gustav Le Bon's elitärer Abhandlung über die „Psychologie der Massen“, verfasst zu Beginn des letzten Jahrhunderts, ist die Bedeutung der Sprache als Herrschafts- und Steuerungsinstrument bekannt<sup>1</sup>. Und auch der öffentlich-rechtliche Sender ARTE hat dem Massenpublikum mit dem Dokumentarfilm „Edward Bernays und die Wissenschaft der Meinungsmache“ die Wirkungsmacht der Propaganda und der Public Relations im vergangenen Jahr beeindruckend aufzeigen können<sup>2</sup>.

Im Vergleich zu diesen Erklärungsversuchen, wie fundamental die Meinungs- und Medienindustrie unser Denken als Konsumenten und Bürger tagaus, tagein in Beschlag nimmt, schlug das von der Kognitionswissenschaftlerin Elisabeth Wehling im Jahr 2016 vorgestellte Buch „Politisches Framing“ ein wie eine Bombe. Vielleicht auch, weil viele vom Wahrnehmen gestresste Menschen, die zwischen Presse, TV, Radio, Internetplattformen und „sozialen“ Diensten mehr taumeln als bewußt WAHRnehmen, Wehlings Darlegungen als Weckruf verstanden haben – ein alarmierender Weckruf, der aus dem eingelullten neoliberalen Schönsprech-Schlaf aufweckt und in einen hellwachen Zustand versetzt.

Wehling betonte nicht nur die zentrale Bedeutung sogenannter **Sprachbilder oder „gedankliche Deutungsrahmen“<sup>3</sup> (Frames)** anhand von aktuellen Beispielen aus der deutschsprachigen Politdebatte (von der ungebremsen Wachstumsfixierung über Rettungsschirme für Banken, Flüchtlings“welle“, Klima“wandel“, Erd“erwärmung“, Steuer“befreiung“, Steuer“oasen“, Steuer“flucht“, Mindestlohn, Lohnuntergrenze, „Unter“schicht“, Humankapital etc.). Sie hat auch kritisch herausstellen können, wie sich diese Sprachbilder auf unsere Einstellungshaltungen und Sichtweisen verheerend auswirken<sup>4/5</sup>. Positiv beeindruckend ist auch die in dem ersten Teil ihres Buches unternommene, leicht verständliche Einführung in die wissenschaftlichen Grundlagen ihres Forschungsbereiches und wie sie die hohe Anfälligkeit für sprachliche Manipulationstechniken nachweist<sup>6</sup>. Überraschend ist auch ihre Einschätzung, wer besonders betroffen ist: **Vor allem**

- 1 Hinsichtlich der „Überredungsmittel der Führer“ betont Le Bon bereits 1911: „Vor allem muß er den bezaubernden Einfluß der Worte, Redewendungen und Bilder kennen. Er muß eine besondere Beredsamkeit besitzen, die aus energischen Behauptungen, die nicht zu beweisen sind, und eindrucksvollen, **von ganz bestimmten Urteilen umrahmten Bildern** zusammengesetzt ist“ (Le Bon, Psychologie der Massen, 1982, S.141). Amüsant sind auch seine Ausführungen über „große Revolutionsredner“ (S. 143f.).
- 2 [https://programm.ard.de/TV/arte/edward-bernays-und-die-wissenschaft-der-meinungsmache/aid\\_28724688997427](https://programm.ard.de/TV/arte/edward-bernays-und-die-wissenschaft-der-meinungsmache/aid_28724688997427)
- 3 Dieser von Wehling selbst gewählte Übersetzungsversuch verleitet zu der falschen Annahme, dass der **gedankliche Deutungsrahmen** als ein bewusster Wahrnehmungsprozess zu verstehen ist. Wie sie jedoch in dem ersten Teil ihrer Publikation unmissverständlich darlegt, wirken die Frames unbewusst und sind gerade deshalb in ihrer tiefenpsychologischen Wirkung besonders gefährlich.
- 4 Elisabeth Wehling vermittelt nicht nur eine Einführung in die Grundlagen des politischen Framing, sondern zeigt speziell an den deutschsprachigen Politikdebatten über Steuern (Steuerzahler versus Steuerbeitrag, Steuerlast, Steuerbefreiung, Steuerflucht, Steuerschlupfloch, Steueroase), Sozialeleistungen (Leistungsträger), Arbeit, Abtreibung (Schwangerschaftsabbruch), Zuwanderung (Flüchtlingsstrom), Islamfeindlichkeit und Terrorismus sowie Umwelt (erneuerbare Energien) hochgradig manipulative Gefährdungslagen auf, weil „Kernbegriffe... Frames aktivieren, die im krassen Gegensatz zu unserer Gesetzes- und Rechtslage, und damit unserem Common Sense, stehen oder zumindest davon abweichen. Und wieder andere, weil sie unstrittige Fakten kognitiv kaschieren oder falsch wiedergeben“ (Wehling, Politisches Framing, S.83).
- 5 Auch hierzu bereits Le Bon in „Psychologie der Massen“: „Die Macht der Worte ist mit den Bildern verbunden, die sie hervorrufen, und völlig unabhängig von ihrer wahren Bedeutung“ sind „So z.B. die Ausdrücke, Demokratie, Sozialismus, Gleichheit, Freiheit u.a., deren Sinn so unbestimmt ist, daß dicke Bände nicht ausreichen, ihn festzustellen. Und doch knüpft sich eine wahrhaft magische Macht an ihre kurzen Silben, als ob sie die Lösung aller Fragen enthielten... Mit bestimmten Worten verbinden sich zeitweilig bestimmte Bilder: **das Wort ist nur der Klingelknopf, der sie hervorruft**“ (Le Bon, S.71).
- 6 „Frames, nicht Fakten, bedingen unser Entscheidungsverhalten“ unter Hinweis auf den Nobelpreisträger Daniel

**„Menschen mit umfassenden politischen Kenntnissen“ seien „anfälliger als diejenigen unter uns, die wenig über Politik nachdenken und wenig über die Details politischer Angelegenheiten informiert sind“ (Wehling, S.51).<sup>7</sup>**

Durch die Schilderung einfacher Versuche verdeutlicht sie, wie stark unser Denken einem unterbewussten Orientierungsmuster unterliegt, das einem Raum-Zeit-Verhalten entspricht, welches in der Steinzeit überlebenswichtig war. Oder anders formuliert: **Von der ursprünglichen Ansicht, unser (massenmedialer) Diskurs und unsere Entscheidungen seien hochgradig vernünftig, ausgewogen und rational, bleibt nach der erhellenden wie ernüchternden Lektüre dieses Buches wenig übrig.**

Als jetzt auf der Internetplattform [netzpolitik.org](http://netzpolitik.org) ein sogenanntes „Framing-Gutachten“ veröffentlicht wurde, das Elisabeth Wehling im Rahmen einer Zusammenarbeit für die ARD erstellt hat, fielen die Reaktionen nicht nur äußerst negativ aus, sondern es wurde ein regelrechter Shitstorm gegen Elisabeth Wehling inszeniert, der gerade vor dem Hintergrund ihrer Publikation über „Politisches Framing“ unverhältnismäßig und völlig überzogen erscheint<sup>8</sup>. Gewiss: In ihrer lesenswerten Publikation trat sie als *kritische, unabhängige, analytische Wissenschaftlerin* in Erscheinung, während sie für die ARD als *auftragsabhängige Beraterin* tätig war, die die von ihr analysierten (Manipulations)Techniken jetzt nicht analytisch entlarvte, sondern nun zur kundenbezogenen Anwendung brachte.

Betrachtet man jedoch die Kritik, dann fällt vor allem auf, dass sich diese ausgerechnet am öffentlich-rechtlichen „Staatsfunk“ entzündet, aber die **Manipulationstechniken der privatwirtschaftlich-kommerziellen Medienanbieter** und ihrer „Journalisten“, Redakteure und Programmierer unerwähnt bleiben!<sup>9</sup> Nur zur Erinnerung: Wie sehr es den Betreibern der privaten Medienkonzerne in den letzten Jahren gelungen ist, den Druck auf die öffentlich-rechtliche Berichterstattung auch durch eine sprachliche Mobilmachung zu erhöhen, zeigt die Schweiz. Dort nutzten im letzten Jahr die Gegner des öffentlich-rechtlichen Rundfunks die Instrumente der direkten Demokratie, mit dem Ziel, die Beitragsfinanzierung zu Fall zu bringen. Auch wenn das angesetzte, **schweizerische No-Billag Volksbegehren**<sup>10</sup> gescheitert ist, so werden die privatwirtschaftlichen Medienkonzerne nicht ablassen, auch weiterhin Kampagnen zu starten und Sprachwissenschaftler und Marketingexperten zu rate ziehen, die fürstlicher entlohnt werden, als dies bei Elisabeth Wehling der Fall war. Ob die Betreiber der Internetplattform [netzpolitik.org](http://netzpolitik.org) dann auch diese gutachterliche Tätigkeiten veröffentlichen, bleibt abzuwarten.

Vor dem Hintergrund dieser offensiven Kampagnen der privatwirtschaftlichen Kommerzsender gegen die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten ist es verständlich, dass vor 2 Jahren die ARD-

---

Kahneman und andere namhafte Kognitionswissenschaftler (Marvin Minsky) (Wehling, S. 45ff).

7 Die herausragende Bedeutung dieser Veröffentlichung wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass es heute stärker als zuvor um den „Krieg um die Köpfe“ geht (so auch der Titel des [Jahreskongresses der Neuen Gesellschaft für Psychologie im Jahr 2015](#)). Der Konservative Kurt Biedenkopf betonte bereits 1973: „Wir erleben heute eine Revolution, die sich nicht der Besetzung der Produktionsmittel, sondern der Besetzung der Begriffe bedient. Sie besetzt Begriffe und damit die Information in der freien Gesellschaft, indem sie die Medien besetzt, die Stätten also, in denen das wichtigste Produkt einer Freiheit hergestellt wird: die politische Information.“

8 Statt vieler „Debatte um Gutachten der ARD. Anleitung zum Framing?“ vom 18.02.2019 im Deutschlandfunk unter [https://www.deutschlandfunk.de/debatte-um-gutachten-der-ard-anleitung-zum-framing.2907.de.html?dram:article\\_id=441347](https://www.deutschlandfunk.de/debatte-um-gutachten-der-ard-anleitung-zum-framing.2907.de.html?dram:article_id=441347)

9 Dass diese „Schieflage“ in der Wahrnehmung entstanden ist bzw. entstehen sollte, ist auch auf die verschiedenen Finanzierungsmodelle zurückzuführen: Während das öffentlich-rechtliche Mediensystem überwiegend durch die GEZ finanziert wird, sieht das bei den privaten Medienkonzernen anders aus. Sie generieren ihr ökonomisches Fundament hauptsächlich aus Einnahmen der Werbeindustrie

10 <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Erste-Gemeinden-ausgezaehlt-68-Prozent-sagen-Nein-zu-No-Billag/story/14350333>

Geschäftsführung unter Vorsitz des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) Elisabeth Wehling beauftragt haben, sie in ihren Eigenschaften als Sprachwissenschaftlerin (Linguistin) und Kognitionswissenschaftlerin zu beraten<sup>11</sup>. Im Rahmen ihrer Berater-Tätigkeit wurden mehrere Workshops durchgeführt und als Diskussionsgrundlage diente das veröffentlichte Framing-Manual.

Auf der Internetplattform netzpolitik.org wurde lediglich das „ARD-Framing-Gutachten“ veröffentlicht<sup>12</sup>. Nicht veröffentlicht wurde der Wortlaut des ARD Auftrags und die Adresse des Instituts bzw. der Expertin. Durchgesickert ist, dass der ARD für das Gutachten 10.000 € in Rechnung gestellt worden sind. Weitere 110.000 € sind für die Beratertätigkeit im Rahmen mehrerer Workshops bezahlt worden<sup>13</sup>. In einem Interview der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ stellte Elisabeth Wehling zwei Wochen nach der Veröffentlichung klar, dass sie nach wie vor wissenschaftlich am Berkley-Institut arbeitet.

Dass die Sendeanstalten der ARD gut beraten sind, ihre Kommunikationsstrategien wie ihre Selbstdarstellung zu überarbeiten, ist in Anbetracht der Kritik am „Staatsfunk“ mehr als nur verständlich. Nichts anderes leistete Elisabeth Wehling, wobei ihre **Hinweise zum Negativ-Framing<sup>14</sup> wie der marktradikal-neoliberalen Ökonomisierung der Sprache** genauso wichtig sind, wie ihre Ratschläge, sich offensiver gegenüber den profitorientierten, kommerziellen privaten Medienanbietern abzugrenzen. Hingegen droht ihre Empfehlung, den **Beteiligungs-Frame** besonders hervorzuheben<sup>15</sup>, zur leeren Worthülse zu verkümmern, so lange im öffentlich-rechtlichen Fernsehen und Rundfunk keine Maßnahmen für eine **gelebte, offene, transparente, demokratische Beteiligungskultur** durchgesetzt werden. Was ist gemeint? Wenn beispielsweise einige Gremiensitzungen nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts jetzt öffentlich stattfinden sollen – z.B. die **Sitzungen des Verwaltungsrates des Deutschlandfunks** -, so können sich interessierte Bürger nur anhand der veröffentlichten Tagesordnungspunkte über den Sitzungsablauf der jeweiligen Sitzung informieren. Hingegen bleiben die **Beschlussvorlagen für die einzelnen Tagesordnungspunkte mit wichtigen Details** für die Öffentlichkeit Top Secret und nur den Gremienmitgliedern vorbehalten. Beteiligung als minimalistische Pro-Forma-Veranstaltung wird zur Farce degradiert. Auch ist nicht nachvollziehbar, warum die **Sitzungen**, die akustisch mitgeschnitten und aufgezeichnet werden, nicht **als Podcast** interessierten Hörern zur Verfügung gestellt werden, sondern die Hörer statt dessen mit schriftlichen, nichtssagenden und geschönten Ergebnisprotokollen abgespeist werden. **Wenn es um eine unkomplizierte, bürgernahe Beteiligung an Entscheidungsverläufen der öffentlich-rechtlichen Gremien geht, dann ist Inklusion für die Chefetagen offensichtlich kein Thema sondern ein Tabu!**

Wenn eine bürgernahe Beteiligung an internen Entscheidungsprozessen offensichtlich nicht gewünscht wird, dann stellt sich die Frage, wie es um eine **bürgernahe Beteiligung an den**

---

11 Klarstellung von ARD-Generalsekretärin Dr. Susanne Pfab: Was hat es mit dem so genannten "Framing Manual" auf sich? [http://www.ard.de/home/die-ard/presse-kontakt/pressearchiv/Klarstellung\\_Was\\_hat\\_es\\_mit\\_dem\\_Framing\\_Manual\\_auf\\_sich\\_/5314070/index.html](http://www.ard.de/home/die-ard/presse-kontakt/pressearchiv/Klarstellung_Was_hat_es_mit_dem_Framing_Manual_auf_sich_/5314070/index.html)

12 <https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-framing-gutachten-der-ard/>

13 <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/wdr-rundfunkrat-kritisiert-framing-manual-ist-eine-dummheit/24047120.html>

14 Negativ-Framing ist nach Wehling dadurch zu vermeiden, indem auch bei Erwiderungen nicht die diffamierenden Sprachbilder / Schlagwörter der Gegner wiederholt werden, sondern diesen negativen Begriffen eigene positive Begriffe kontinuierlich entgegengesetzt werden. .

15 „Die linguistische Umsetzung dieses Framings ist am treffendsten und effektivsten geleistet mit dem Begriff der Beteiligung. Bürger haben eine Beteiligung am gemeinsamen Rundfunk ARD, indem sie zum gemeinsamen Rundfunkkapital beitragen. Unsere Rundfunkbeteiligung sichert unseren Zugang zur freien, medialen Infrastruktur ARD... Der Frame schließt die Beteiligung an einem gemeinschaftlichen Handeln ein und impliziert damit ganz von selbst, dass ein gemeinschaftlicher Handlungszweck vorliegt. Zudem impliziert es das ‚Teilhaben‘ an etwas Größerem...“ (Framing-Gutachten, S. 57).

**ausgestrahlten Sendungen** bestellt ist? Gerade vor dem Hintergrund der zahlreichen Skandale um private amerikanische Datenkrallen ist es weder nachvollziehbar, warum die Zusammenarbeit mit **Facebook, Twitter und Co.** weiter fortgesetzt wird, noch warum die Beteiligung der „Kunden“ auf diese „sozialen Dienste“ ausgerichtet wird. Eine eigens entwickelte „soziale“ Plattformen wie die **verpflichtende Regel zur Verwendung von Klarnamen** wären nicht nur völlig ausreichend, es wäre auch eine Übersichtlichkeit in der Form gewonnen.

Auch **Formen der unmittelbaren Beteiligung** wären denkbar, wie beispielsweise die WDR-Sendung **Domian** oder die **2254-Nachtgespräche**, die nach 22 Jahren eingestellt wurden<sup>16/17</sup>. Die Hörerbeteiligung beispielsweise in Sendungen des Deutschlandfunks läuft auf dem Niveau eines Bittstellers ab: Der Hörer ruft zu einem Thema an und wird dann von eingeladenen Experten informiert. In den abgeschalteten Nachtgesprächen gab es zu einem aktuellen Thema Hörer, die ihre Ansichten und Anregungen mitteilen konnten und sich mit dem oder der Moderatorin austauschen konnten. Die abgeschalteten Nachtgespräche lieferten eine nachahmenswerte Blaupause, wie die Hörerschaft seriös beteiligt werden könnte und es ist nicht nachvollziehbar, warum bei der Anzahl öffentlich-rechtlicher Radiosender für diese Form einer themenbezogenen, ernsthaften Hörerbeteiligung kein Raum gefunden, besser: gewährt wird.

Die hier angedeutete Kritik will die Verdienste von Elisabeth Wehling nicht schmälern und es ist bedauerlich, dass das veröffentlichte Gutachten gezielt genutzt wurde, um die wissenschaftliche Reputation von Elisabeth Wehling zu diskreditieren. Denn die Bedeutung ihrer Analyse ist aktueller als je zuvor: Ob es die **„nukleare Teilhabe“** ist, die sprachlich die psychologische Akzeptanz zur atomaren Aufrüstung in Deutschland herstellen soll, oder die **SPD** sich mit der **„Mietpreisbremse“**, dem **„solidarischen Grundeinkommen“** oder dem **„Bürgergeld“**<sup>18</sup> „erneuern“ will -, diese Beispiele verdeutlichen die Herausforderung, sich gegenüber dieser Form der Paralyse zu behaupten und den Wortführern und Schönrednern nicht auf den Leim bzw. ins Netz zu gehen. Auch die Berichterstattung über die Besetzung des Hambacher Forst führt zu der Frage, warum und in welchen Kontexten von „Aktivisten“ und nicht von „Umweltschützern“ gesprochen und geschrieben wird<sup>19</sup>. Wer die Kapitel 11 bis 12 aufmerksam liest, in denen Wehling die Frames über den Islam und den Terrorismus, die Zuwanderung und Asyl und die Umwelt vergleicht, dem wird auffallen, dass die Frames über den Islam und die Asyldebatten sehr aggressiv ausfallen, während die umweltpolitischen Frames zum Klima“wandel“ eher eine besänftigende Wirkung ausstrahlen. In Anbetracht des [aktuellen Rohstoffberichts der UN](#) müsste es sich genau umgekehrt verhalten<sup>20</sup>. Schrillen die Alarmglocken der Propagandisten in den Leitmedien bei bestimmten Themen laut und schrill, wird bei anderen systemrelevanten Themen ein Schlaflied angestimmt, das als Totengesang enden wird.

Wie sehr die Frames vor allem in der Berichterstattung über finanzpolitische Themen einerseits religiös, andererseits libidinös-sexistisch konnotiert sind, betonte der Literaturwissenschaftler

16 <https://de.wikipedia.org/wiki/Domian>

17 <http://berliner-wasserbuenger.de/?p=3356>

18 Ein trauriges Beispiel, wie eine begriffliche Umetikettierung von den Medien kritiklos wiedergekaut wird, statt herauszustellen, dass das Bürgergeldes genauso niedrig angesetzt ist wie der Regelsatz des Hartz IV (HIV) Bezugs: Tagesschau vom 17.05.2018 "Regelsatz zu gering - Hartz IV wird kleingerechnet" Seit Jahren rechnet die Bundesregierung den Hartz-IV-Regelsatz nach unten. Nach Monitor-Berechnungen müssten Empfänger monatlich 155 Euro mehr bekommen. Der Staat spart Milliarden. Von Jan Schmitt und Gitti Müller, WDR  
<https://www.tagesschau.de/inland/hartz-vier-regelsatz-101.html>

19 Wenn von „Aktivisten“ gesprochen wird, dann fühlen sich diejenigen schuldig, die nicht aktiv sind. Die Solidarisierungsschwelle ist gehemmt. Während der Begriff der „Umweltschützer“ (Plural) generell positiv konnotiert ist und höhere Solidarisierungseffekte garantiert.

20 <https://www.factory-magazin.de/news/beitrag/artikel/weltweit-steigender-ressourcenverbrauch-treibt-klimawandel-und-artenverlust.html>

Jochen Hörrisch:

"Geld hat Religion in einer gewissen Weise abgelöst. Man merkt dass auch daran, dass **alle Leitbegriffe der Geldsphäre theologisch-religiös geprägt** sind. Wenn ich Ihnen etwas verkaufe, dann erziele ich einen **Erlös**. Das kommt von **Erlösung**. Wenn ich einen Kredit brauche, dann leihen Sie mir möglicherweise etwas Geld. Das kommt von Credo. Dann bin ich Ihr **Schuldner**, Sie sind mein **Gläubiger**. Wenn ich nicht mehr zahlen kann, dann mache ich einen Offenbarungseid. Über die seltsame Doppeldeutigkeit des **Konversionsbegriffes**: Ich kann Euros in Schweizer Franken **konvertieren**, aber ich kann auch vom Katholizismus zum Protestantismus konvertieren... Einem Philologen fällt eigentlich auf, dass fast alle Leitbegriffe der finanziellen Sphäre religiöse Begriffe aufsaugen, in sich aufnehmen, transformieren, konvertieren... Dass die Banker eine ähnliche Priesterkaste sind wie die religiösen Beamten, das liegt auf der Hand: Die haben ähnliche Kleidungszwänge, sie lassen sich so wenig beobachten, wenn sie Entscheidungen fällen über den neuen Leitzins oder über große andere währungspolitische Maßnahmen. Auch hier gibt es keine Protokolle. Dass ist wie beim Konklave, wenn der Papst gewählt wird. Beide Sphären sind übrigens ähnlich abgeschottet gegenüber Frauen... Analogien auf allen Ebenen und es sind begründete Analogien und kein frivoles Spiel mit Oberflächenähnlichkeiten."

In dem Sternstunden-Gespräch mit Nathalie Wappler führt Hörrisch auch Beispiele für die **libidinös-sexistische Besetzung von Begriffen aus der Geldsphäre** an: „Und es ist doch eigentümlich wie sexistisch das Geld ist, dass es sich vermehrt? Wie kommt das Geld an Kinder? Warum wirft Geld Geld ab?... Eine **Stange Geld**, die **Bilanz knickt ein**, das Unternehmen richtet sich wieder auf, man braucht eine Finanzspritze und dergleichen mehr. Wie phallogozentrisch würde Derrida sagen, das Geld ist."<sup>21</sup>

Bei der Einschwörung auf Leitbegriffe spielen die Leitmedien eine Schlüsselrolle. Solange diese die vorgegebenen Worthülsen nicht nur kritiklos übernehmen, sondern diese Frames als Schlüsselbegriffe aktiv, willfährig und lauthals verkünden, erscheinen die Aussichten auf eine sprachliche Selbstbehauptung relativ trostlos, denn es sind immer noch die Einschaltquoten, besser: Einfaltquoten, die angeblich das Geschäft der veröffentlichten Meinungen um die Aufmerksamkeit und erzeugten Erregungszustände bestimmen. Die mental-intellektuelle Gleichschaltung beginnt mit der vorsätzlichen und äußerst bewußten wie subtilen Instrumentalisierung der Sprache, durch jene Think-Tanks und Einflüsterer, die ihr manipulatives Handwerk zielgruppenorientiert immer mehr verfeinern und optimieren – zum Schaden dessen, was als gesunder Menschenverstand einmal verstanden wurde. Wenn die Presse wie die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten die Frames der anonymen Einflüsterer vorbehaltlos und lautstark übernehmen, dann verkommt die Pressefreiheit zum Propaganda-Apparat des neoliberalen Machtkartells, die ihre Leserschaft auf Linie bringt. Die Folgen einer zielgruppen-spezifischen Steuerung bzw. Aussteuerung bestimmter Bevölkerungsgruppen sind aus der Geschichte bereits bekannt und von dem kanadischen Historiker [Robert Gellately](#) in seiner umfangreichen Dokumentation „Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk“ äußerst beeindruckend aufgezeigt worden.<sup>22</sup> **Doch die gegenwärtigen Führer der Meinungsmacher scheinen nicht nur eine (historische) Lernresistenz unter Beweis stellen, sondern die Fehler der Geschichte sogar noch toppen zu wollen.** Begriffe wie „Hot Spots“ im Zusammenhang um die Debatte, wie schutzsuchende Flüchtlinge untergebracht werden sollen, zeigen die sprachliche Sympathie zu den Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte. Entsprechend auch die Positionierung des Psycho-Philosophen Peter Sloterdijk, der in einem Interview des

---

21 Hörrisch, Jochen: Geld oder Leben, Jochen Hörrisch im Gespräch mit Natalie Wappner, Sternstunde Philosophie, 55 min, 3Sat 2010 (transkribierter Gesprächsauszug).

22 <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2001/Holocaust-Die-Luege-von-ahnungslosen-Deutschen.erste7664.html>

Deutschlandfunks gegenüber Flüchtlingen eine „**wohltemperierte** Grausamkeit“ eingefordert hat.<sup>23</sup>

Diese Beispiele verdeutlichen, dass die gegenwärtige Populismus-Debatte keinesfalls nur darauf beschränkt werden darf, festzustellen, dass rechtsradikale und rechtsextremistische Bewegungen und Parteien wieder „im kommen“ sind. Verstanden können diese Entwicklungen, die nicht vom Himmel gefallen sind, nur, wenn der konditionierenden Berichterstattung der Leitmedien durch die gezielte, subtile Verwendung entsprechender Frames Rechnung getragen wird! Und ob die linken wie progressiven Kräfte und ihre intellektuellen Wortführer diesen Entwicklungen etwas substanzielles entgegenzusetzen können, hängt gewiss nicht nur von ihrem stark eingeschränkten Zugang zu den Leitmedien ab.<sup>24</sup>

Dass es mit der Entwicklung progressiver, linker oder auch radikal-demokratischer Frames allein nicht getan ist, beweist das in Berlin geplante neue Volksbegehren zur Enteignung der Deutschen Wohnen und Co. Unter dem vielversprechenden Slogan / Frame „**Deutsche Wohnen und Co enteignen**“ sollen ab April Unterschriften für einen sogenannten Beschluss-Volksentscheid gesammelt werden: Das heißt, die Initiatoren wollen lediglich einen Beschluss herbeiführen, und mit diesem Beschluss die Berliner Regierung zu der Erarbeitung einer Gesetzesvorlage bewegen, mit der große private Wohnungsgesellschaften gegen eine Entschädigung „vergesellschaftet“ werden sollen. Im Klartext bedeutet dieses Projekt, dass die **Definitionsmacht über die Gesetzenormen nicht per Volksgesetz** durchgeführt wird, sondern die Definitionsmacht denjenigen überantwortet wird, die die bisherige desaströse Wohnungspolitik zu verantworten haben. Die Folgen sind absehbar: Bei der Erarbeitung des Gesetzestextes wird sich der Berliner Senat Zeit lassen. Im Anschluss werden dann die Konzerne gegen die Enteignung gerichtlich vorgehen – und zwar über den gesamten Instanzenzug. In der Zwischenzeit werden die Mieten weiter steigen und die Verdrängung von Armut betroffener Bevölkerungsgruppen läuft weiter – trotz eines progressiv klingenden Frames. Ein trauriges Beispiel, wie ein populärer Frame nicht hält was er verspricht. Zum (lächerlichen) Text des „Beschluss“-Volksbegehrens <https://www.dwenteignen.de/2018/11/27/beschlusstext-fertig/>

In Anbetracht der wachsenden Dramatik steigender Mietkosten (nicht nur) für Hartz IV Betroffene erscheint auch der Begriff „**Wohnkostenlücke**“ stark verharmlosend, denn: Die JobCenter zahlen die Mietkosten nur, soweit diese angemessen sind. Wenn die Mietkosten nicht mehr „angemessen“

---

23 Unter Verwendung von Originaltönen! „Katastrophenquarantäne für den Journalismus und eine „wohltemperierte Grausamkeit“ für die Flüchtlinge! Das rückständig-reaktionäre Weltbild des Psycho-„Philosophen“ Peter Sloterdijk – Offenlegung im Rahmen eines Gesprächs mit Rainer Burchardt (dlf)“ unter <http://berliner-wasserbuenger.de/?p=4032>

24 So ist beispielsweise die jüngste Veröffentlichung der postmarxistischen Theoretikerin **Cantal Mouffe** „Für einen linken Populismus“ auch aufgrund ihres parteizentrierten Ansatzes enttäuschend, weil sie sich zunächst dafür ausspricht, „das sozialistische Projekt neu zu definieren, als eine **Radikalisierung der Demokratie**“ (S. 12), sie aber dann der Erwartungshaltung an diesen vielversprechenden Frame nicht gerecht wird, sondern die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf die Entwicklungen in der linken Parteienlandschaft richtet. Auch die lesenswerte Veröffentlichung von **Thomas Wagner** über „Die Mitmachfalle – Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument“ beschränkt sich auf das Wiedergeben einer neoliberalen Doktrin: Bürgerbeteiligung sei nur etwas für Bürger mit hoher Bildung und würde die soziale Ungleichheit noch verschärfen (Wagner, S.17). Was er wie Mouffe hingegen vermissen lassen, sind konzeptionelle Überlegungen, um die Rahmenbedingungen der schärfsten Waffen der Bürgerbeteiligung, Volksbegehren und Volksentscheide, so zu ändern, dass auch von Armut betroffene Menschen diese Instrumente zur Anwendung bringen können. Hierzu weiterführend meine Artikel „**Von der Empörung zur Veränderung herrschender Machtstrukturen**“ im Tagungsband der Neuen Gesellschaft für politische Psychologie „**Sozialpsychologie des Kapitalismus - heute. Zur Aktualität Peter Brückners**“ wie das Diskussionspapier "**Mehr Demokratie als früher wagen**". **Volksbegehren und Volksentscheide auf Landes- und Bundesebene – eine Suche nach Wegen zur bürgernahen und verfahrensfreundlichen Gestaltung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten**“ im [Jahrbuch für psychohistorische Forschung](#), Band 15 (2014), abrufbar unter <http://berliner-wasserbuenger.de/wp-content/uploads/2019/03/Mehr-Demokratie-als-früher-wagen-Volksentscheide-20130810.pdf>

sind, dann muss unterdessen jeder Fünfte Hartz IV Betroffene für seine Miete einen Teil seines Regelsatzes berappen – im Durchschnitt 80€! Da der Regelsatz ohnehin um 155 € von der Bundesregierung niedrig gerechnet worden ist (s. Fußnote 18), scheint der Begriff „Wohnkostenlücke“ die tatsächliche Dramatik auf dem Wohnungsmarkt zu verharmlosen. Statt sich diesen Herausforderungen zu stellen und Vorschläge, wie sie von der „[Interessengemeinschaft „Faire Mieten für ALLE“](#)“<sup>25</sup> aufzugreifen und umzusetzen, wurde kürzlich im Bundesausschuss für Arbeit und Soziales ernsthaft dafür plädiert, auch die sogenannten „Kosten der Unterkunft“<sup>26</sup> zu sanktionieren.<sup>27</sup> So plädierte beispielsweise die eingeladene Sachverständige Dr. Robra von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände dafür:

„Wir sind ebenfalls der Meinung, dass man auch als ultima ratio in die KdU sanktionieren können muss. Wenn man das nicht täte, kämen wir zu einem bedingungslosen Wohneinkommen, was wir nicht für sachgerecht erachten würden.“

Gegenüber dieser sprachlichen Pervertierung der Idee eines „Bedingungslosen Grundeinkommens“ (BGE) erklärt der Sachverständige und Stadtteilmforscher Dr. Andrej Holm etwas holprig:

„...Wir haben vorhin schon den schönen Begriff des bedingungslosen Wohneinkommen gehört. Das was wir hier jetzt besprechen, ist eigentlich ein bedingungsloses Mietertragseinkommen auf Seiten der Vermieterinnen und Vermieter...“

Diese Beispiele verdeutlichen, wie auf höchster politischer Ebene<sup>28</sup> um Schlüsselbegriffe und Frames gerungen wird, die massive Auswirkungen auf das Leben von Menschen haben, die befürchten müssen, ihre Wohnungen zu verlieren.<sup>29/30</sup> Vorschläge, wie sie von der [Interessengemeinschaft „Faire Mieten für ALLE“](#) entwickelt worden sind und die faktisch eine Umverteilung von oben nach unten - ohne staatliche Alimentierung von privaten Wohnungsunternehmen – bewirken, finden bezeichnenderweise kein Gehör bei den auf dem linken Ohr taub gewordenen Entscheidungsträgern. Andere neutrale Begriffe wie „**Gentrifizierung**“ oder jüngst auch „**Hyper-Gentrifizierung**“<sup>31</sup>, die auch von der Immobilienwirtschaft positiv im Sinne

25 Kernforderungen abrufbar unter: <http://berliner-wasserbuerger.de/?p=4185>

26 Auch dieser Begriff deklassiert Menschen, die erwerbslos sind, und zeigt die Nähe zu faschistoiden Sprachmitteln, bestimmte Bevölkerungsgruppen auszugrenzen. Es ist überfällig, den Begriff der „Kosten der Unterkunft“ durch den wertneutralen Begriff der Wohn- oder Mietkosten zu ersetzen.

27 <https://www.bundestag.de/resource/blob/629778/d2fa38f24bccdea16ae8cfe374927cfe/Wortprotokoll-Vorabfassung-data.pdf>

28 Besonders bedeutend sind diese Auseinandersetzungen um Begriffe im juristischen Unterholz, in Gesetzen und Rechtsverordnungen, auch wenn der Sachverständige Prof. Dr. Peter Becker in der Ausschusssitzung sich hierzu verhalten äußerte: „Was weitere Vorschläge anbetrifft, fand ich auch als Jurist – das sei mir einfach mal erlaubt zu sagen –, dass es keinen Sinn macht, einen unbestimmten Rechtsbegriff wie „angemessen“ durch einen anderen wie „auskömmlich“ zu ersetzen. Das hilft uns nicht weiter“ (Protokoll, S. 8.). Es ist ein gradueller Unterschied, ob ein unbestimmter Rechtsbegriff wie „angemessen“ durch „auskömmlich“ in den juristischen Sprachduktus Einzug erhält. „Auskömmlich“ lässt im Gegensatz zu „Angemessen“ eine Tendenz nach unten erkennen, die sich dann in der konkreten bzw. materiellen Anwendung der Rechtsprechung entsprechend negativ manifestiert und die Armutproblematik verschärft.

29 Auch die politische Erblindung gegenüber den von Obdachlosigkeit bedrohten Mietern wurde auf der Ausschusssitzung offenbar. Statistiken über den Zusammenhang zwischen einer Sanktionierung der Unterkunfts-kosten und einer eingetretenen Obdachlosigkeit werden nicht geführt (Ausführungen von Dr. Holm und Dr. Robra, Protokoll S.12). **Wie vorteilhaft, denn wo keine statistischen Zusammenhänge nachgewiesen werden sollen, muss auch nicht gehandelt werden.**

30 In dieser Ausschusssitzung fand eine Anhörung verschiedener Interessenorganisationen und Sachverständiger statt. Nach Sachverständigen einer Mieterorganisationen suchte man auf dieser Anhörung vergebens (s. Ausschussliste unter [https://www.bundestag.de/resource/blob/628014/c9c7e3d7c09699c630bf3cc2309c4f39/039\\_18\\_03\\_2019-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/628014/c9c7e3d7c09699c630bf3cc2309c4f39/039_18_03_2019-data.pdf))

31 So in der ARD-Sendung „Titel, Thesen, Temperament“ vom 17.3.2019 oder in der Kulturzeit (3Sat) vom 20.3.2019.

von „aufwerten“ verwendet werden, beherrschen den Diskurs, auch den linken!<sup>32</sup> Statt das Problem beim Namen zu nennen, nämlich Mieterverdrängung brutal, rigoros und rücksichtslos durchzusetzen<sup>33</sup>, wird sprachlich mit einem Fremdwort, das auch von Linken kritiklos zum allgemeinen Sprachgebrauch erhoben wird, das Elend kaschiert.

Auch wenn Elisabeth Wehling diese letzten Einordnungen nicht vorgenommen hat und auch diejenigen nicht beim Namen nennt, die ganz in der Tradition von Goebbels oder der von Noam Chomsky diagnostizierten Konsens-Fabrik die Fäden ziehen und unsere neuronalen Schaltkreise subtil und jeden Tag aufs Neue in die falsche Richtung programmieren, so ist ihr Buch bahnbrechend und sollte zur Pflichtlektüre für Alle erklärt werden, die glauben, in einer Informationsgesellschaft zu leben und selbständig entscheiden und wählen zu können. Freilich sind die Frames „bahnBRECHEND“ und „PFLICHTlektüre“ gewiss nicht verkaufsfördernd, oder vielleicht doch?

Der österreichische Schriftsteller Karl Kraus, ein Zeitgenosse von Gustav Le Bon, schrieb:  
„Das Geheimnis des Agitators ist, sich so dumm zu machen, wie seine Zuhörer sind,  
damit sie glauben, sie seien so gescheit wie er.“

Und der Aphoristiker Elazar Benyoetz formulierte:  
„Die Sprache – unser Voraustastsinn“

Thomas Rudek

---

32 So auch der Stadtteilsoziologe Andrej Holm, der nach seiner Haftentlassung auf einer Solidaritätsveranstaltung in der Berliner Volksbühne öffentlich eine Postkarte vorlas, die ihn während seiner Inhaftierung im Hochsicherheitsgefängnis erreichte. Sinngemäß bedankte sich die Verfasserin mit den Worten: Lieber Andrej, vielen Dank, jetzt weiß ich, was Gentrifizierung bedeutet.

33 Unter dem Titel „Markant und brutal“ veröffentlichte der Spiegel bereits 1991 am Fall des Berliner Städteplaners und Investorenbetreuers Hanno Klein (SPD), der einem Sprengstoffanschlag durch eine präparierte Videokassette erlag, sehr deutlich die Zielsetzung: **Städteplanung als „Staubsauger“ zur sozialen Säuberung der Innenstädte** mit brutalem Kalkül einzusetzen: „*Kein Denkmalschutz für den Prenzlauer Berg, propagiert dagegen der Investorensucher Klein. Denn Berlin brauche eine Gründerzeit "mit Markanz und Brutalität", da bedeute Stadtplanung nichts anderes als "gut organisierte Verdrängung". Die Alteingesessenen, von den Fans des Quartiers liebevoll als "Bergvolk" charakterisiert, müßten weichen - nach Kleins Ansicht in die gesichtslosen Plattenbauten am Stadtrand, die "Staubsauger von Hellersdorf und Marzahn" (Spiegel 1991).* Exakt an dieser Einstellungshaltung und diesem Menschenbild von Vertretern der herrschenden Leitkultur“ hat sich bis heute in der Wohnungspolitik und Städteplanung nichts geändert. Wer Städteplanung metaphorisch mit der Funktion eines Staubsaugers vergleicht, der will säubern, den Dreck beseitigen – und der Dreck das sind Menschen, die mit dem grassierenden Reichtum nicht Schritt halten können, die es nicht „verdient“ haben, dort zu leben, wo die besser Betuchten residieren. Gewiss werden nach dem Sprengstoffanschlag auf diesen Städteplaner andere Töne angeschlagen, aber an der Politik hat sich nichts geändert. Wer billigend in Kauf nimmt, dass die angemessenen Kosten der Unterkunft so niedrig angesetzt sind, dass jede 5. Bedarfsgemeinschaft durchschnittlich 80 € vom Hartz-IV-Regelsatz zusätzlich für die Miete bezahlen muss, der kalkuliert unter Berücksichtigung steigender Mietpreise ganz bewusst, also mit Vorsatz, den Wohnungsverlust und den erzwungen Umzug ganzer Bevölkerungsschichten, am besten in die Provinz. Es ist in diesem Kontext für die menschenverachtende Ideologie des elitären Meinungskartells bezeichnend, dass auf der Anhörung des Bundestagsausschusses „Arbeit und Soziales“ am 18.3.2019 die Frage der Umzugskosten genauso wenig eine Rolle spielte, wie eine Erörterung der Kriterien, nach den die Kosten für die Neueinrichtung der neuen „Unterkunft“ angemessen zu berechnen sind. Die Ausblendung dieser Fragestellung beweist, dass die **Deportationskosten** privatisiert sind und den von Armut Betroffenen in Rechnung gestellt werden. Einige Leser mögen den Begriff der **Deportation** aufgrund seiner historischen Einordnung mit der Judenverfolgung für überzeichnet halten, doch wenn man sich die mangelhafte Infrastruktur in einigen Landstrichen vergegenwärtigt, gleichzeitig die eingeschränkte Mobilität bedenkt, dann wird deutlich, dass die Fahrt in die nächste Kreisstadt zu einem Facharzt für viele eine unüberwindbare ökonomische Belastung darstellt. Und so wundert es nicht, dass von Armut betroffene Menschen früher sterben (sollen).